

Die Zweite Welthandelskonferenz, eine verpaßte Chance?

In einer Erklärung des Generalsekretärs der UNCTAD (Welthandelsorganisation), Raul Prebisch, vor dem Handelsrat dieser Organisation am 16. August 1967 war auf die Gefahr hingewiesen worden, daß das Jahrzehnt der Entwicklung (das von den UN 1960 ausgerufen worden war) zu einem Jahrzehnt der Enttäuschung werden könnte. Denn das mit so großer Begeisterung angefangene Unternehmen einer internationalen Zusammenarbeit habe bisher seine Hauptziele nicht erreicht. Die reichen Nationen seien nur zögernd, schleppenden Schrittes vorangegangen, so daß die Ungleichgewichtigkeit der Weltwirtschaftsordnung mehr als eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern immer mehr verarmen lasse.

Die weltwirtschaftlichen Fakten

Die Raten des wirtschaftlichen Zuwachses sind in den Entwicklungsländern abgesunken, so daß nur sehr wenige der Entwicklungsländer die Mindestzuwachsrate von 5% pro Jahr (die man als Ziel der Entwicklungsdekade proklamiert hatte) erreichen. Während die entwickelten Länder eine jährliche Erhöhung ihres Pro-Kopf-Einkommens von 60 Dollar aufweisen, beträgt der durchschnittliche Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens in den Entwicklungsländern weniger als zwei Dollar pro Jahr. So weitet sich die Kluft zwischen den Einkommen der Armen und der Reichen mehr und mehr.

In der Analyse dieser „Krankheit“, die die Ordnung der Weltwirtschaft befällt, besteht unter den Wirtschaftswissenschaftlern eine beachtliche Übereinstimmung. Sie kann kurz so umrissen werden:

Der Kapitalzufluß und die technische Hilfe für die Entwicklungsländer ist in beständiger Abnahme begriffen. So fiel die Finanzhilfe der entwickelten Länder von 1961 bis 1966 von 0,87% auf 0,62% ihres Nationalinkommens. Dazu ist in keinem reichen Land die für Entwicklungshilfe ausgewiesene Summe ein wirklich bedeutsamer Posten im Haushalt.

Die Hilfe ist meistens in Form von Krediten und nicht von Schenkungen gegeben. Dazu kommt, daß die Zinssätze sich erhöhten und zugleich die Laufzeit sich verminderte. So sind jetzt die Entwicklungsländer kaum mehr in der Lage, die schwere Last des Schuldendienstes zu verkraften. Der Kapitalabfluß durch die Rückübertragung der Gewinne aus privaten Investitionen in den Entwicklungsländern hat ganz beträchtlich zugenommen. Die Zunahme der gebundenen Hilfe, die die Empfängerländer des freien Zuganges zu den in Wettstreit liegenden internationalen Märkten zur Beschaffung ihrer notwendigen Importe beraubt, die Verpflichtung, ihre Importe von den Geberländern zu kaufen, vermindert um ein Beträchtliches den wirklichen Wert der Hilfe. Die Diskriminierung der Entwicklungsländer durch die protektionistische Politik der entwickelten Länder — Schutzmaßnahmen wie Quoten, außerordentliche Abgaben und Zölle auf Halb- und Fertigwaren sowie auf Agrarnachfolgeprodukte — stellt ein großes Hemmnis für das industrielle Wachstum der Entwicklungsländer dar.

Um Lösungen für diese dringenden Probleme der weltweiten Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit ausfindig zu machen, war 1964 die UNCTAD gegründet worden. Durch ihre Überlegungen und Untersuchungen suchte die erste Welthandelskonferenz in Genf

1966, UNCTAD (I), ein Klima zu schaffen, das die Einhaltung und Erfüllung eines konkreten Entwicklungsprogrammes, das in den Schlußakten dieser Konferenz vorgezeichnet war, begünstigen sollte. Jedoch machte sich im Laufe der Zeit eine Gegenbewegung bemerkbar.

Die Charta von Algier

Der Bewegung, bessere wirtschaftliche Beziehungen der internationalen Völkergemeinschaft herzustellen, wurde durch die Enzyklika Pauls VI. *Populorum progressio* neue Bedeutung verliehen.

Der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit, wie er von Paul VI. in der Enzyklika *Populorum progressio* vertreten worden war, wurde von der Gruppe der „77“ (eine Versammlung von 86 sich entwickelnden Ländern) bei ihrem Treffen in Algier im Oktober 1967 lebhaft begrüßt und gutgeheißen. In der auf diesem Ministertreffen der Entwicklungsländer ausgearbeiteten Charta von Algier bemühten sich die „77“ die Voraussetzungen und Bedingungen festzustellen, „unter denen alle Nationen sich wirtschaftlicher und sozialer Wohlfahrt erfreuen können, damit ihnen die Mittel zur Entwicklung ihrer eigenen Hilfsquellen zur Verfügung stünden und ihre Völker in der Lage sein würden, ein Leben frei von Not und Furcht zu führen“.

Die Charta hatte ein detailliertes Aktionsprogramm für die UNCTAD II in Neu-Delhi aufgestellt, so daß die Nationen der ganzen Welt in einem gegenseitigen Dialog zur Annahme einer neuen und dynamischen Handels- und Entwicklungspolitik hingeführt werden konnten. Die Charta hatte darauf hingewiesen, daß traditionelle Lösungen, isolierte Maßnahmen und begrenzte Zugeständnisse zur Erreichung dieses Zieles nicht ausreichend seien. Die Schwere des Problems, so hieß es, verlange dringend die Annahme einer globalen Entwicklungsstrategie, die konvergierende Maßnahmen von seiten der entwickelten wie der sich entwickelnden Länder erforderlich mache.

Die Charta von Algier hatte (entsprechend der vorläufigen Tagesordnung der UNCTAD II) vor allem zu fünf Fragenkreisen entsprechende Programme vorgeschlagen: *Rohstoffe*: Wo immer es nur zugänglich sei, sollten internationale Rohstoffabkommen abgeschlossen werden. Es wurde dabei eine Dringlichkeitsliste aufgestellt, die an erster Stelle Kaffee, Kakao und Zucker enthielt, dazu ein Zeitplan, bis wann Verhandlungen aufgenommen und abgeschlossen werden sollten. Als Stabilisierungsmaßnahmen wurden u. a. Bufferstocks vorgeschlagen, deren Erstfinanzierung internationale Organisationen und die entwickelten Nationen übernehmen sollten, während die fortlaufende Finanzierung durch Produzenten- und Konsumentenländer gleichmäßig aufgebracht werden sollte. Außerdem sollte die Beseitigung aller Zölle und sonstigen Handelshindernisse für Rohstoffe in die Wege geleitet, also liberalisiert werden.

Ausweitung des Exports von Halb- und Fertigwaren: Dazu wurde der Vorschlag gemacht, ein allgemeines, nicht reziprokes und nicht diskriminierendes Präferenzsystem auszuhandeln; alle entwickelten Nationen sollten den sich entwickelnden Ländern für ihre Halb- und Fertigwaren (einschließlich der Agrarfolgeprodukte) unbeschränkten und zollfreien Einlaß gewähren. Eine vorgesehene Schutzklausel sollte einer internationalen Kontrolle un-

terliegen. Ferner sollten die entwickelten Länder die in der Kennedy-Runde beschlossenen Zollsenkungen sofort, ohne eine Übergangsphase für die die Entwicklungsländer interessierenden Exportprodukte vornehmen. Außerdem wurde ein Programm zur Beseitigung aller Zölle und sonstigen Handelshindernisse für verarbeitete Produkte aufgestellt. Für die sozialistischen Länder Osteuropas wurden dem Präferenzsystem gleichwertige Maßnahmen vorgeschlagen. Damit dann auch diese neue Handelsmöglichkeiten ausgenutzt werden könnten, sah die Charta von Algier ein Hilfsprogramm vor allem von technischer und finanzieller Hilfe zum Ausbau und zur Diversifizierung der Halb- und Fertigwarenproduktion in den sich entwickelnden Ländern vor.

Finanzhilfe: In dem Bereich der Finanzhilfe waren drei Forderungen aufgestellt worden: Einmal sollte die Summe von 1% des Bruttosozialproduktes der entwickelten Länder (bisherige Berechnung 1% des Nationaleinkommens) als Mindesthöhe des Kapitaltransfers neu eingepreßt werden. Diese Mindesthöhe sollte bis zum Beginn der siebziger Jahre erreicht werden. Dazu sollte eine neue Berechnung des Nettokapitalflusses eingeführt werden. Zweitens sollten die Bedingungen der finanziellen Hilfe der entwickelten Staaten in etwa wie die IDA-Bedingungen gestaltet werden, d. h. mit fünfzigjähriger Laufzeit und zinslos gewährt werden. Schließlich wurde ein System einer Ergänzungsfinanzierung gefordert, das nach dem Schema des Weltbankvorschlages gestaltet werden sollte: Wenn die Exporterlöse eines Entwicklungslandes unter den Exportvoraussetzungen (die die Grundlagen der Entwicklungspläne sind) blieben, sollten diese Ausfälle aus internationalen Quellen ausgeglichen bzw. ergänzt werden. Zudem wurden Maßnahmen zur Milderung der Schuldenlast der Entwicklungsländer vorgesehen.

Invisibles (einschließlich Schifffahrt, Versicherungen). Die Charta von Algier stellte auch die Forderung nach Herabsetzung der Frachtraten, eine entsprechende Beeinflussung der Schifffahrtskonferenzen durch die entwickelten Länder und die Beteiligung der Entwicklungsländer an denselben. Ferner wollte die Charta, daß der Aufbau einer Handelsflotte der einzelnen Entwicklungsländer gefördert und finanziell ermöglicht würde. Außerdem sollten für die Verbesserung und Vergrößerung der Hafenanlagen der Entwicklungsländer von den internationalen Organisationen und den entwickelten Ländern Finanzmittel bereitgestellt werden. All diesen Forderungen liegt der Gedanke zugrunde, die Schifffahrt ähnlich wie Eisenbahn etc. als öffentliches Transportsystem zu organisieren (auch wenn es zunächst um die Einsparung von Devisen geht).

Hinsichtlich der Versicherungen forderte man die Herabsetzung der Wiederversicherungsprämien und außerdem, daß ein genügend großer Anteil der durch die Versicherung eingebrachten Gelder in den Entwicklungsländern verbleiben und dort investiert werden müßten. Darüber hinaus sollten die entwickelten Länder für den Aufbau des Versicherungswesens in den Entwicklungsländern technische und finanzielle Hilfe gewähren. Auf einem weiteren Gebiet, dem des Tourismus, sollten die entwickelten Länder den Entwicklungsländern beim Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen mit technischer und finanzieller Hilfe beistehen.

Ost-West-Handel: Schließlich war in der Charta von Algier (die noch viele andere Bereiche, für die ein Ak-

tionsprogramm vorgeschlagen wird, enthält) besonderer Nachdruck auf eine Verbesserung des Handels zwischen Ländern mit verschiedenen Wirtschafts- und Sozialsystemen gelegt. Einmal dahingehend, daß der Ost-West-Handel (dessen Ausdehnung von den Entwicklungsländern sehr gewünscht wird) nicht den Handel der Entwicklungsländer beeinträchtigen dürfe, sondern im Gegenteil diesem förderlich sein solle. Ferner daß die kommunistischen Länder Osteuropas in ihren Jahresplänen und Programmen eine entsprechende Erweiterung des Handels mit den Entwicklungsländern berücksichtigen sollten. Schließlich schlug man auch innerhalb des Handels der Entwicklungsländer mit den kommunistischen Staaten Osteuropas eine Multilateralisierung des Zahlungsausgleiches vor.

Mit diesem umfassenden Aktionsprogramm hatten sich die in der Gruppe der „77“ zusammengeschlossenen Entwicklungsländer auf die UNCTAD II vorbereitet, und sie hatten darüber hinaus in Good-Will-Missionen diese ihre Wünsche und Forderungen an die Regierungen der entwickelten Staaten herangetragen.

Kirchliche Stellungnahmen

Zwischen der Konferenz von Algier und UNCTAD II in Neu-Delhi wurde eine Reihe von zur Sache gehörigen kirchlichen Dokumenten veröffentlicht, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen. Die Internationale Vereinigung katholischer Männer, die ihre Generalversammlung vom 8. bis 10. Oktober 1967 in Rom abgehalten hatte und die unter dem Motto: die Christen im Dienste der vollen Entwicklung des Menschen, gestanden war, hatten in einem Dokument ihre Auffassung bezüglich des Problems der Entwicklung zum Ausdruck gebracht: Es sei besonders dringend, daß die EWG ihre Politik an die Bedürfnisse des internationalen Handels anpasse und ebenso ihre Arbeitsteilung in solcher Weise organisiere, daß die bevorstehende UNCTAD II die notwendigen Reformen in den Strukturen der Weltwirtschaft im Geiste der Enzyklika *Populorum progressio* in Angriff nehmen könne. Auch der dritte Weltkongreß für das Laienapostolat hatte am 17. Oktober 1967 eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird:

1. daß zwischen heute und 1970 die Regierungen der entwickelten Staaten eine integrierte Strategie einführen sollen, zu dem Zwecke der Stabilisierung der Exporterlöse der Entwicklungsländer und der Umkehrung des Prozesses der ständigen Verringerung ihres Anteils am Welthandel;
2. daß die durch die Regierungen der entwickelten Staaten gewährte Hilfe frei von solchen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen sei, die zu einer neuen Form der Verfremdung auf Seiten der jungen Nationen führen könnten;
3. daß zwischen heute und 1970 die Regierungen der entwickelten Länder dahin übereinkommen, 1% ihres Bruttosozialproduktes in wirklicher Kapitalhilfe an die sich entwickelnden Länder zu transferieren;
4. daß die reichen Länder ihr Interesse und ihre Aufmerksamkeit all den Anregungen zuwenden, die die sich entwickelnden Länder während der UNCTAD II, die 1968 in Neu-Delhi stattfindet, vorbringen werden;
5. daß die sich entwickelnden Länder so weit wie möglich ihre natürlichen Hilfsquellen mobilisieren und die notwendigen gesetzgeberischen, verwaltungsmäßigen und sozialen Reformen und Strukturänderungen planen.

Mehr hinter verschlossenen Türen spielte sich die Sitzung

der päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“ vom 23. bis 28. Oktober 1967 in Rom ab, die gerade zum Abschluß des Treffens der „77“ in Algier stattfand und die sich ebenfalls mit den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigte. In einem auf dieser Sitzung vorgelegten Arbeitspapier heißt es unter anderem: Die Gründe für den Rückgang der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind offensichtlich. Die Bereitschaft der meisten Regierungen, einer Entwicklungsstrategie eine höhere Priorität einzuräumen, ist geschwunden. Sie haben ihre eigenen Schwierigkeiten (Zahlungsbilanz). Ferner läßt die öffentliche Meinung die Regierungen nicht im unklaren darüber, was man weithin denkt: Das Geld werde durch Verschwendung, Korruption und durch verkehrte Anlage vergeudet. So von Enttäuschung, Ärger und Unwissen gepackt, tendiert man dahin, den Sinn für menschliche Solidarität und Verpflichtung durch ein ständig wachsendes Verlangen nach Disengagement verdrängen zu lassen.

Vom 17.—19. Dezember 1967 veranstaltete das Indian Social Institute in Neu-Delhi (ein von indischen Jesuiten geleitetes Institut) im Hinblick auf die UNCTAD II ein Seminar, das Verwaltungsfachleute, Volkswirtschaftler und Diplomaten, Christen wie Nicht-Christen aus entwickelten und sich entwickelnden Ländern zusammenführte. Dies Seminar diente vor allem dem Zweck, die auf der UNCTAD zu behandelnden Probleme im Lichte der Charta von Algier und der Enzyklika *Populorum progressio* zu bedenken. Neben der Befassung mit konkreten Sachfragen wurde vor allem der moralische und politische Aspekt der Entwicklungsproblematik aufgegriffen.

Auch der Weltrat der Kirchen war nicht müßig gewesen. Vom 24.—26. November 1967 hatte eine Gruppe von Experten in Genf getagt (auch die päpstliche Kommission *Iustitia et Pax* war vertreten) und ein Dokument, wenn auch ohne offiziellen Charakter veröffentlicht, das Vorschläge für die UNCTAD II enthielt. (Proposals for the second UNCTAD, New Dehli, made by the International Affairs Commissions of the British Council of Churches, the French Protestant Federation and the German Protestant Church [EKD].) In zehn Punkten wurden sehr ausgewogene Vorschläge unterbreitet. Sie gehen darauf hinaus, den Abschluß von Rohstoffabkommen zu empfehlen, ferner die Schaffung eines allgemeinen, nicht reziproken Präferenzsystems, eine entsprechende Erhöhung der Finanzhilfe, eine Erleichterung der Finanzbedingungen und die Forderung nach möglichst ungebundener Hilfe. Am Anfang des Dokumentes stand, daß diese Forderungen, zu denen diese Gruppe gelangte, den Kirchen, die sie repräsentieren, und auch der öffentlichen Meinung in all den betreffenden Ländern zu ernstlichem Studium empfohlen werde.

Kurz zusammengefaßt, kann man über die in den verschiedenen Dokumenten zutage getretene Haltung sagen, daß man aus dem Ernstnehmen der Solidarität der Menschheit für die zukünftige Zusammenarbeit der Völker auf wirtschaftlichem Gebiet, worüber ja in der UNCTAD II gesprochen werden sollte, zu ähnlichen Aktionsprogrammen sich gedrängt sah, wie sie in der Charta von Algier niedergelegt waren.

Hatten all diese in den Dokumenten erhobenen Forderungen und Anregungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der ganzen Welt irgendwelche sichtbaren Erfolge zeitigt?

UNCTAD II: Zusammensetzung und Verlauf

Zum 1. Februar 1968 strömten aus aller Welt die Delegationen zu der Konferenz nach Neu-Delhi zusammen. Das Recht der Teilnahme haben alle Mitglieder der UN oder einer ihrer Sonderorganisationen (wie FAO, UNESCO, WVO usw.), so daß die Konferenz 132 (jetzt 133) Mitglieder zählt. Von diesen hatten fast alle Delegationen entsandt. Außerdem konnten an der Konferenz internationale Einrichtungen mit offiziellen Delegationen teilnehmen, denen von der UNCTAD die Zulassung erteilt worden war. Diese internationalen Einrichtungen, die diesen Status besitzen, erstrecken sich von den Sonderorganisationen der UN wie der ILO bis hin zum Weltgewerkschaftsbund. So waren auf der Konferenz über 1600 Delegierte versammelt, die 121 Mitgliedsstaaten und 44 internationale Einrichtungen repräsentierten.

Die Konferenz war mit einem Grußwort des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, U Thant, in der er auf die Notwendigkeit einer weltweiten Entwicklungsstrategie hingewiesen hatte, und einer Ansprache des indischen Premierministers, Frau Indira Ghandi, eröffnet worden. Frau Ghandi stellte unter Hinweis auf die gegenwärtige Lage der Entwicklungsländer fest, daß die Frage an die entwickelten Nationen nicht laute, ob sie es sich leisten könnten, zu helfen, sondern ob sie es sich leisten könnten, nicht zu helfen. Die Frage war während der ganzen Konferenz aktuell.

Am Nachmittag des 1. Februar begann dann die Konferenz mit ihrer Arbeit, was zunächst die Wahl ihres Vorsitzenden bedeutete. Als Präsident wurde einstimmig der Chef der indischen Delegation, Dinesh Singh, gewählt. Anschließend verlas man Grußbotschaften von den Präsidenten bzw. Regierungen Indonesien, der UdSSR, Jugoslawiens und von Papst Paul VI., der zum Ausdruck brachte, daß diese Konferenz die Hoffnung vieler Völker sei, auf dem Wege zu einem menschenwürdigen Leben einen Schritt vorwärtszukommen. Zum Abschluß hieß es: „Unser Appell ist die erneute Betonung des Rufes nach menschlicher Solidarität und wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Partnerschaft, der in der Enzyklika *Populorum progressio* ergangen ist. Möge er als ein Aufruf an alle dienen, für die Beseitigung der Bedingungen zu arbeiten, in denen so viele unserer Mitmenschen heutzutage leben.“

In den darauffolgenden Tagen wurden vor allem die für das Funktionieren der Konferenz notwendigen Gremien gebildet und die Stellen entsprechend einer regionalen Verteilung besetzt. Außerdem wurde die Arbeit der Konferenz aufgeteilt: In der Vollversammlung wollte man sich in einer sehr allgemeinen Weise über die Probleme aussprechen, während in fünf Ausschüssen und drei Arbeitsgruppen mehr über die Lösung der konkret anstehenden Fragen debattiert werden sollte.

In der Vollversammlung der Konferenz wurde nun über drei Wochen lang nichts anderes getan, als die Erklärungen der einzelnen Delegationen über die Probleme des Handels und der Entwicklung anzuhören. Da fast jede Delegation das Wort ergreifen wollte, mußte man Nachsitzungen anberaumen, um überhaupt einigermaßen die Flut der Reden bewältigen zu können. Nach einer kurzen zusammenfassenden Darstellung des Berichtes des Generalsekretärs der UNCTAD, Raul Prebisch, betitelt: „Auf dem Wege zur einer globalen Strategie der Entwicklung“, begann Frankreich die Reihe der allgemeinen Erklärungen, in der es zum Abschluß hieß: Die Konferenz sollte die Weisheit haben, die Festsetzung unmöglicher Ziele zu

vermeiden, aber gleichzeitig den Willen unter Beweis stellen, die möglichen Ziele, die gesteckt wurden, anzustreben. Dabei gehe es darum, allen Bevölkerungsschichten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, nicht nur bestimmten Gruppen in den sich entwickelnden Ländern. Dazu wollten die entwickelten Länder Opfer bringen, sie wollten aber sichergehen, daß die Opfer zum Wohle aller Menschen gebracht würden. Während der Tenor der Erklärungen der entwickelten Länder in etwa lautete, die entwickelten Länder wollen helfen, die Kluft zwischen den Armen und Reichen zu überbrücken, und zu diesem Zwecke diese und jene Maßnahmen in Erwägung ziehen, lautete der Tenor bei den sich entwickelnden Ländern: Wir gehen im gegenwärtigen Welthandelssystem zugrunde, und das wenigste, was man tun muß, um Hilfe zu gewähren, ist im Aktionsprogramm der Charta von Algier niedergelegt.

Nur Zugeständnisse oder Partnerschaft?

Grundsätzlich darüber hinaus gingen vor allem drei Erklärungen. Zunächst die Erklärung der Delegation des Heiligen Stuhles (Msgr. G. Caprio), in der die Worte P. Lebreys in der Generaldebatte der UNCTAD I, wo dieser von der großen Revolution, von einer langdauernden und ohne Blutvergießen vor sich gehenden Revolution gesprochen hatte, als das Denken der Kirche gedeutet wurde. Dann hieß es: Die Haltung der Solidarität müßte uns (auf dieser Konferenz) dazu bringen, zusammen zu arbeiten, die Probleme zu formulieren, Lösungen vorzuschlagen und die getroffenen Entscheidungen dann auch in die Tat umzusetzen. Dann werden die Völker wissen, daß unser guter Wille ein wirklicher Wille zur Zusammenarbeit, auch um dem Preis von Opfern, zum Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie ist.

Am 9. Februar hielt U Thant, der Generalsekretär der UN, vor der Konferenz eine Ansprache, worin er u. a. ausführte, daß die entwickelten Länder die Beziehung zu den Entwicklungsländern nur als einseitige Zugeständnisse ansähen und nicht als Partnerschaft. Es gehe darum, den Rahmen für die Entwicklung zu schaffen: entweder in internationaler Kooperation oder in nationaler Verslossenheit.

Zu den bedeutendsten Erklärungen zählte die Rede des Präsidenten der Weltbank, Mr. Woods. Er wies zunächst darauf hin, daß die Entwicklung der armen Länder eine wirksamere und tatkräftigere Anteilnahme der entwickelten Nationen erfordere. Dazu müßten sich die Länder mit hohem Einkommen nicht weniger als die mit niedrigem eine neue Perspektive angewöhnen. Die Länder mit hohem Einkommen scheinen nur bis morgen zu denken. Ihre Hilfspolitik habe sich viel zu sehr von den eigenen nächstliegenden Dingen leiten lassen als von der Lage der Entwicklungsländer und der langfristigen Notwendigkeit für das Ganze der Welt. Das Verhalten der Länder mit hohem Einkommen war mehr auf die Dinge als auf die Menschen gerichtet. Drei Änderungen seien überfällig: Entwicklungshilfe müsse ab jetzt darauf ausgehen, den armen Ländern ihre eigene, ihren Umständen entsprechende Technik aufbauen zu helfen. Die zweite Änderung müsse darin bestehen, mehr Mäßigung und Realismus in den Erwartungen zu zeigen. Und die dritte sei die neue Erhöhung und Zielsetzung des Kapitaltransfers: augenblicklich investieren die entwickelten Staaten weniger als zum Erfolg notwendig ist: genügend groß, um die Par-

lamente aufzureizen, aber zu klein, um wirklichen wirtschaftlichen Fortschritt erreichen zu können.

Letztlich hänge aber die Entwicklung weitgehend von dem Geist ab, von welchem die armen und reichen Länder sich leiten lassen. Dazu sei notwendig, Phantasie und eine unendliche Fülle von Geduld. Die gemeinsame Aufgabe erfordere auch gegenseitigen Respekt und gegenseitige Toleranz zwischen den Geber- und Empfängerländern. Die Welt stehe jetzt erst am Anfang, die neuen Möglichkeiten (der Technik) zu nützen.

Nach den vorgesehenen Plänen sollte die Generaldebatte bis zum 16. Februar dauern, aber aus den verschiedensten Gründen, u. a. die Fülle der sich zu Wort meldenden Redner, aber auch politische Fragen, wie die Teilnahme Südafrikas an der Arbeit der Konferenz, wie die Diskriminierung Kubas und Israels durch das rigide Gruppensystem, ließen den Abschluß der Generaldebatte, die zu einem reinen Ablauf von Monologen geworden war, erst am 27. Februar zu.

Die Arbeit der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Dem ersten Ausschuß waren die mit den Rohstoffen zusammenhängenden Fragen überwiesen worden. Dieser Ausschuß hatte gleich Anfang Februar seine Arbeit aufgenommen: den Vorsitzenden gewählt und den Ablauf der Debatte festgelegt. Dann begann man über den Fragenkreis nicht seine Meinungen auszutauschen, sondern seine Auffassungen darzulegen: wie wichtig Rohstoffabkommen für die Erhaltung der Exporterlöse seien. Wie notwendig eine Preisstabilisierung sei, wo man sich aber nicht im klaren war, was man denn nun als Maßstab für einen festgesetzten Preis nehmen sollte: man sagte etwa einen remunerativen Preis, aber für wen remunerativ? Man stellte die Wichtigkeit und Nützlichkeit von Bufferstocks für eine Preisstabilisierung von Rohstoffen fest. Je länger man sich gegenseitig beredete, desto mehr stellte sich ein Sich-Verfestigen auf den eigenen Standpunkt ein. Für die sich entwickelnden Länder kreiste man nur, jetzt abgesehen von der Festlegung der Prioritäten der für Abkommen reifen Rohstoffe, um die Charta von Algier, während die entwickelten Länder, unter grundsätzlicher Bejahung der eventuellen Nützlichkeit und des möglichen, kurzfristigen Vorteils von Rohstoffabkommen, doch auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Durchführung solcher Abkommen hinwiesen. Auf diese Weise konnte man zu keiner Gemeinsamkeit und vor allem nicht zu einer einheitlichen Auffassung hinsichtlich bestimmter Sachfragen bezüglich konkreter Rohstoffabkommen gelangen. Als man wirklich zu der Überzeugung gelangt war, daß in dem Ausschuß selber, der ja dieselbe Zusammensetzung wie die Vollversammlung hatte, keine erfolversprechende Arbeit geleistet werden könnte, schuf man eine Kontaktgruppe, unter der Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses, die den Versuch unternehmen sollte, allgemein annehmbare Resolutionsentwürfe durch eine ehrliche Sachdiskussion zu erarbeiten. Jedoch hatten sich die Meinungen bezüglich der entscheidenden Fragen (es wurden ja eine Fülle von Problemen aufgeworfen) so verfestigt, daß man in der Kontaktgruppe zu keinem Ergebnis gelangte und die Verhandlungen als nutzlos abbrach.

Für den zweiten Ausschuß, der sich mit der Frage eines allgemeinen Präferenzsystems für Halb- und Fertigwaren (unter Einschluß der Agrarfolgeprodukte) aus den Ent-

wicklungsländern befaßte, verlief die Arbeit nicht viel anders: man stellte die Auffassungen gegeneinander und versuchte zunächst nicht, Gemeinsamkeiten herauszufinden und darauf dann Verhandlungen zu gründen. So hatte, nachdem man einer Kontaktgruppe die Aufgabe zu einer Einigung zu kommen, zugeschoben hatte, diese kein anderes Schicksal als die des ersten Ausschusses: sie zerbrach.

Im dritten Ausschuß, in dem über die finanzielle Hilfe, ihre Berechnungsart, ihre Form, die Bedingungen derselben usw. Debatten geführt wurden, kam es innerhalb des Ausschusses und der Kontaktgruppe ebenfalls zu keinem greifbaren Ergebnis.

Positiver hinsichtlich gemeinsamer Resolutionsentwürfe gestaltete sich die Arbeit im vierten Ausschuß, der sich mit den Fragen der Invisibles (vor allem Schifffahrt, Versicherungen und Tourismus) beschäftigte. Schwierig gestalteten sich die Einigungsversuche im fünften Ausschuß, der u. a. über die Fragen des Handels unter Ländern mit verschiedenen Wirtschafts- und Sozialsystemen, d. h. letztlich des Ost-West-Süd-Handels, diskutierte, aber man kam hier zu einem befriedigenden Resolutionsentwurf.

Die Arbeit der erst nach längerem Verlauf der Konferenz ins Leben gerufenen drei Arbeitsgruppen, die sich mit dem Welternährungsproblem (Arbeitsgruppe I), den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer (Arbeitsgruppe II) und den besonderen Problemen der Binnenländer (Arbeitsgruppe III) beschäftigten, waren reibungsloser und standen weniger unter der Spannung der sonstigen Konfrontation, so daß hier eher gemeinsame Erklärungen und Resolutionen ausgearbeitet werden konnten. Vor allem konnte die Arbeitsgruppe I hinsichtlich des Welternährungsproblems ein ausgewogenes Dokument vorlegen, das auf die notwendigen Maßnahmen der Entwicklungsländer, der entwickelten Länder und der internationalen Organisationen einging, nachdem es die Schwierigkeit und Verflochtenheit des Problems in einem ersten Teil ausführlich dargelegt hatte.

Resolutionen als Notbehelf

Durch die wochenlange Gegenüberstellung der Auffassungen, ohne zu einem Dialog in den Hauptfragen der Konferenz zu kommen, drohte die Konferenz ohne Ergebnis in den Hauptfragen zu enden. In dieser Situation ergriff, neben der niederländischen Delegation, die Delegation des Heiligen Stuhls (P. H. de Riedmatten OP) in der Vollversammlung am 18. März, die eigens dafür einberufen worden war, das Wort, um einen neuerlichen Appell an die Mitgliedstaaten der UNCTAD zu richten, in dem vor allem auf drei Gefahren hingewiesen wurde: dem Verharren in einer bloßen Konfrontation, womit man keine Fragen lösen könne, der Schwächung der Einrichtung der UNCTAD durch einen Fehlschlag, wo doch gerade diese Einrichtung zur Erfüllung ihres Auftrages, bei der Entwicklung zu helfen, der Stärkung bedürfe, und schließlich die Enttäuschung der großen Hoffnungen, die in die Konferenz gesetzt worden waren, könnte zu Zynismus und Fatalismus zum Schaden für die ganze Welt führen. Die Ansprache schloß mit einem Zitat aus einer Erklärung U Thants: „Wir sind an einem Scheideweg der menschlichen Geschichte angelangt, wo die reichen und die armen Nationen, beide, sich zu entscheiden haben, entweder zusammen und gemeinsam den Weg zu gehen

zu einer geplanten und koordinierten internationalen Wohlfahrtsgesellschaft oder in Isolierung und auf getrennten Wegen einer ungeplanten und chaotischen Zukunft entgegenzugehen. Jetzt ist die Zeit der Wahl.“

Aus welchen Motiven auch immer — die Konferenz mußte im ganzen um vier Tage verlängert werden —, in den letzten Tagen raffte man sich auf, doch noch in den wichtigsten Punkten: Rohstoffabkommen, allgemeines Präferenzsystem, Finanzhilfe, gemeinsame Resolutionen zu erarbeiten und dann auch zu verabschieden. In diesem Schlußringen hatte man zunächst versucht, in einer Kontaktgruppe des Präsidenten Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Da sich aber jedermann in diese Kontaktgruppe hineindrängte, keiner wollte den anderen zutrauen, auch seine Interessen vertreten zu können, wuchs die Zahl ihrer Mitglieder lawinenartig an, so daß eine Arbeit der Kontaktgruppe unmöglich wurde.

So entschloß man sich (zunächst war das eine mehr private Initiative), die Arbeit in ein Gremium zu verlegen, das neben dem Generalsekretär Prebisch, dem Vorsitzenden des Handelsrates, Mr. Jolles, den Chef der indischen Delegation, K. B. Lall, drei Vertreter der Entwicklungsländer und fünf Vertreter der entwickelten Länder umfaßte (Brasilien, Elfenbeinküste, Philippinen, USA, Frankreich, Großbritannien, Bundesrepublik, Norwegen). Die „sozialistischen“ Länder waren dazu eingeladen, beteiligten sich aber praktisch nicht an der Arbeit. In einem schier unmenschlichen Bravourstück gelang es diesem Gremium, in fast ununterbrochener Tag- und Nacharbeit, Resolutionsentwürfe auszuarbeiten, die dann auch von den verschiedenen Gruppen der Entwicklungsländer, der entwickelten Länder und der sozialistischen Länder gutgeheißen wurden. Trotzdem war man bei der Vorlage der Resolutionen in der Vollversammlung zur jeweiligen Abstimmung nicht sicher, ob nun die Resolution angenommen würde oder von irgendeinem Land an irgendeinem Punkt noch Schwierigkeiten gemacht würden, dadurch das mühsam hergestellte Gleichgewicht zerstört und die Annahme der Resolution verunmöglichlich würde.

Der Inhalt der Resolution über die Rohstoffe: Für Kakao und Zucker sollen im Mai bzw. Juni dieses Jahres Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens aufgenommen werden. Für weitere Produkte, wie Ölsaaten, Kautschuk etc., werden Vorarbeiten für den eventuellen Abschluß von Abkommen durchgeführt (mit Angabe von Terminplänen), und für weitere Produkte sollen Untersuchungen durchgeführt werden.

Daneben enthält das Dokument (es umfaßt 42 Seiten) die Fragen des Rohstoffbereichs, über die man sich einigen konnte, über die man sich in ihrer Gänze nicht einigen konnte, über die man überhaupt keine Einigung erzielen konnte und die nicht genügend diskutiert werden konnten (sie einzeln aufzuführen würde zu weit führen).

Das Dokument über die Frage eines allgemeinen Präferenzsystems, das zunächst die allgemeine Übereinstimmung zu einer baldigen Einführung eines solchen Präferenzsystems zugunsten der Entwicklungsländer heraushebt, aber dann auch betont, daß eine weitere Einigung bezüglich der Hauptfragen noch nicht erreicht werden konnte, hebt die allgemeine Überzeugung hervor, daß weitergearbeitet werden müsse. So stellt dann die Konferenz die Ziele eines solchen Systems fest, errichtet einen Sonderausschuß für Präferenzen als Unterorgan des Handelsrates, der im November 1968 zusammentre-

ten soll und im Verlaufe des Jahres 1969 ein System ausarbeiten solle. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß das System in den frühen siebziger Jahren in Kraft treten könne.

Hinsichtlich der Finanzhilfe legte man sich auf das Ziel von 1% Bruttosozialprodukt als Summe des Kapitaltransfers fest, setzte aber grundsätzlich keinen Termin fest, bis wann diese Summe erreicht werden solle. Außerdem wurde empfohlen, daß wenigstens 80% der Summe der öffentlichen Hilfe in Form von Schenkungen gewährt werden sollten. Im übrigen sollten die IDA-Bedingungen (50 Jahre Laufzeit, zinslos) angestrebt werden.

Die erwartete Enttäuschung

Mit der Verabschiedung dieser Resolution hatte die Konferenz „grundsätzlich“ einen positiven Abschluß gefunden. Trotz dieses Abschlusses machte sich allgemein eine große Enttäuschung bemerkbar. „Die hungrigen, sich entwickelnden Länder kamen zum Konferenztisch in der Hoffnung auf ein Festmahl. Aber alles, was sie bekamen, waren ein paar Brosamen. Für die Hungrigen sind selbst Brosamen nicht zu verachten, aber ein Festmahl stellen sie nicht dar“ („The Indian Express“, 30. 3. 68).

„Wilder Enthusiasmus dürfte kaum die Reaktion der Entwicklungsländer auf die Ergebnisse der UNCTAD II sein. Selbst wenn die Erwartungen, die von einer konvergierenden Politik oder von Kristallisationspunkten sprachen, als unrealistisch und extravagant sich herausstellten, so war es doch nicht unvernünftig, einige gewichtige praktische Maßnahmen vor der Welt der Überflügengesellschaft zu erwarten. Selbst in den zurückgesteckten Erwartungen und Hoffnungen, die Raul Prebisch in

seiner Ansprache vom 22. 3. 68 ausgedrückt hatte, ist das endgültige Paket von Übereinkommen ohne Substanz. Die Zugeständnisse, die von den Reichen gemacht worden sind, sind minimal und kaum qualifiziert“ („Hindustan Times“, 30. 3. 68).

Am deutlichsten aber hatte der Chef der brasilianischen Delegation, A. F. Azeredo da Silveira, in einer langen Schlußansprache die Meinung der Entwicklungsländer kundgemacht: „Nach fast zwei Monaten intensiver Debatten und Diskussionen geht nun die UNCTAD II zu Ende. Das Ergebnis dieser sieben Wochen ist klar und deutlich: trotz einiger begrenzter Fortschritte in isolierten Bereichen endet die Konferenz mit einem Fehlschlag. Die vollen Auswirkungen eines solchen Fehlschlages können noch nicht ermessen werden. Aber das können wir sagen: die Nachwirkungen dieser ‚Niederlage‘ werden bitter und von weittragender Konsequenz sein. Niemals war eine Konferenz von so vitaler Bedeutung für so viele Frauen und Männer auf der ganzen Welt. Und niemals wurden so viele hoffnungsvolle Erwartungen so brutal zerschlagen. Das ist um so entmutigender, da unsere Konferenz in vieler Hinsicht die am sorgfältigsten vorbereitete Konferenz der letzten Jahre war.“ Nach einer genauen Abrechnung endete die Ansprache jedoch mit einem Funken von Hoffnung: „Heute ist der letzte Tag der Konferenz, aber dies ist nicht der letzte Tag der UNCTAD. Laßt uns aufrichtig und ehrlich genug sein, die mageren Ergebnisse der Konferenz anzunehmen. Aber zugleich laßt uns auch die Vision, den Mut und die Einbildungskraft haben, vorwärts zu schauen und die Aktionen in Angriff zu nehmen, die für die Entwicklungsländer und für die internationale Gemeinschaft offenstehen.“

Kurzinformationen

Vom 8. bis 11. April 1968 diskutierten **Marxisten und Christen katholischen, orthodoxen und evangelischen Bekenntnisses** im Rahmen des Genfer Referates „Kirche und Gesellschaft“ über „Grundzüge christlichen und marxistischen Denkens über die Humanisierung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung“. Den Vorsitz führte Pfarrer G. Casalis von der Theologischen Fakultät Paris. Ein Kommuniké vom 16. April nennt als das Ziel des Treffens, den in zahlreichen Ländern und verschiedenen Kontinenten bereits stattfindenden Dialog zwischen Christen und Marxisten international auszuweiten und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Diskussionsthemen waren die Entmenschlichung in ihren verschiedenen Formen, Gewalttaten, revolutionäres Vorgehen und Wege zu einer Demokratisierung. Gemeinsame Anliegen und gegenseitige Übereinstimmung wurden bei einer Reihe wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme festgestellt. Die Teilnehmer hielten aber auch eine klare Abgrenzung der unterschiedlichen Auffassungen für notwendig. Die Mehrzahl stimmte darin überein, daß es nicht möglich sei, von Humanisierung zu sprechen, ohne sich ausdrücklich mit dem Kampf für nationale Befreiung unterdrückter Völker solidarisch zu erklären. Als hervorragendstes Beispiel wurde das vietnamesische Volk genannt. Einige Teilnehmer aber bezeichneten diese Analyse als zu ideologisch (epd, 16. 4. 68). Zur Vorbereitung dieser Konferenz hatte die Studienabteilung des Ökumenischen Rates ein Sonderheft der „Ökumenischen Diskussion“ (Nr. 1, 1968) unter dem Titel „Dialog zwischen Christen und Marxisten“ veröffentlicht. Es enthält von Ch. Savage „Überprüfung der Positionen“ (S. 3—6), Auszüge aus einem Vortrag von M. P. Mchedloy über „Religiöse Reforma-

tion unter dem Druck des Lebens“ (S. 6—12), von V. Miano (Rom): „Der Dialog ist den Katholiken nicht fremd“ (S. 12 bis 24), ferner Auszüge aus einem Bericht von M. Machovec über „Der Dialog in der Tschechoslowakei“ (S. 24—33), schließlich Beiträge von Lombardo Radice und R. Garaudy mit einer Bibliographie zum Dialog über Neuerscheinungen in Deutschland, England, Frankreich und Italien (S. 43—48).

Der seit 1946 bestehende „**Ökumenische Arbeitskreis**“ evangelischer und katholischer Theologen tagte Ende März 1968 zum 29. Male unter dem Vorsitz von Lorenz Kardinal Jaeger, Erzbischof von Paderborn, und Altbischof Wilhelm Stäblin, dessen Nachfolger in dieser Eigenschaft Landesbischof Dietzfelbinger wurde. Diesmal fand das Treffen, das nach fünf Tagen am 29. März endete, in Heilsbronn bei Nürnberg statt. Beratungsthema war angesichts der schwelenden Probleme der Mischehenregelung das Verständnis der Ehe bei Protestanten und Katholiken einschließlich der Frage der Ehescheidung. Traditionsgemäß wird die Öffentlichkeit über diese Tagungen nicht unterrichtet, sie kann sich allenfalls ein Bild machen aus den Referaten, die in der Regel irgendwo einmal gedruckt erscheinen. Diesmal jedoch wurde eine Presseerklärung herausgegeben, die aber nur protokollarische Angaben enthielt. Die Referate hielten die evangelischen Theologen Heinrich Greeven, Bochum, und Heinz-Dietrich Wendland, Münster, sowie die katholischen Theologen Joseph Ratzinger, Tübingen, und Rudolf Schnackenburg, Würzburg (epd, 29. 3. 68).

Die **Synode der Evangelischen Kirche in Österreich** hat am 27. März 1968 den Oberkirchenrat Oskar Sakrausky zum